

Alternativen sind machbar!

Die Bundesregierung behauptet, sie muß sparen.
Und sie streicht und kürzt rücksichtslos bei denen, die am wenigsten haben.
Wir fragen: Wenn Schröder Geld braucht,
weshalb holt er es nicht da, wo es im Überfluß vorhanden ist?



**Schröder braucht Geld?
Soll er es holen, wo es liegt!
Reiche besteuern,
statt Arbeitslose
schröpfen!**



Im Durchschnitt sind wir alle reich

Gesamtwirtschaftlich gibt es keinen Grund zum Sparen. Pro Kopf produziert die deutsche Wirtschaft heute drei mal so viel wie 1960. Allein im letzten Jahrzehnt ist das reale Volkseinkommen um 16% gewachsen. Im statistischen Durchschnitt sind wir alle reich. Insgesamt verfügen deutsche Privathaushalte über ein Geldvermögen von 3,6 Billionen Euro. Allerdings ist dieser Reichtum extrem ungleich verteilt. Allein die reichsten 0,5% der erwachsenen Bevölkerung besitzen zusammen 900 Milliarden Euro Geldvermögen. Grundbesitz, Luxusvillen, Yachten und Nobelautos nicht eingerechnet.

Verstärkte Ausbeutung sichert, daß aus Geld immer mehr Geld werden kann. Während die Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren, für viele sogar sinken, haben die Einkommen aus Vermögensbesitz seit 1990 um über 60% zugelegt. Trotz Wirtschaftskrise und Massenentlassungen haben 12 der im Dax gelisteten Konzerne auch im letzten Jahr wieder ihre Dividenden erhöht. Ein leistungsloses Nettoeinkommen in Höhe von 546 Milliarden Euro floß den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen 2001 zu. Vier Fünftel der neugebildeten Vermögen entstammen Einkommen aus bereits vorhandenem Vermögen.

Globalisierungsfalle?

Von Sparen redet Schröder nur, wenn es um soziale Leistungen geht. In der Steuerpolitik dagegen hat Rot-Grün ebenso wie die CDU die Spendierhosen an. Milliarden öffentlicher Mittel wurden denen mit den dicken Brieftaschen durch die steuerpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre zum Geschenk gemacht. Begründet wird das in der Regel mit Verweis auf internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Steuern in anderen Ländern lägen, wird behauptet, weit unter deutschem Niveau. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Der Anteil aller Steuern am Bruttoinlandsprodukt ist mit 21,7% in der Bundesrepublik niedriger als in den meisten OECD-Staaten. In den USA liegt dieser Anteil bei 22,7%, in Frankreich bei 28,9% und in Großbritannien sogar bei 31%. Fast einmalig im internationalen Vergleich ist auch die niedrige Besteuerung von Vermögen in Deutschland. Der Anteil sämtlicher Steuern auf Vermögen am Bruttoinlandsprodukt liegt hier bei nur 0,9%. In den USA sind es 3,1%, in Frankreich 3,2% und in Großbritannien 3,9%.

Normalverdiener allerdings spüren von dem niedrigen Steuerniveau nichts. Denn die Steuerlast wurde in den zurückliegenden 25 Jahren immer stärker allein auf ihre Schultern abgewälzt. Waren die Einkommen abhängig Beschäftigter in der Bundesrepublik 1980 noch zu 28,7% mit Steuern und Abgaben belastet und die Gewinne zu 22,1%, hatten sich die Gewichte bereits bis 1998 deutlich verschoben: auf Löhnen und Gehältern lag jetzt eine Steuer- und Abgabenlast von durchschnittlich 35,4%, während Gewinne nur noch zu 8,6% an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt waren.

„Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe.“ Matthäus, 13. Kap.

Dieses biblische Motiv leitet nicht nur die CDU sondern auch die SPD-Steuerpolitik. Während abhängig beschäftigte Normalverdiener nach wie vor stark belastet werden und die Verbrauchssteuern unter Rot-Grün kräftig angestiegen sind, hat sich die Bundesrepublik für Konzerne, Banken und reiche Privatiers zur Steueroase entwickelt. Sie zahlen fast nichts mehr.

Folgende Entscheidungen waren Meilensteine auf den Weg in die öffentliche Armut:

Aussetzung der Vermögenssteuer:

Bis 1996 gab es auch in Deutschland eine Vermögenssteuer. Ihr Aufkommen lag bei rund 9 Milliarden Mark im Jahr. Mehr als ein Drittel davon zahlten die 30 reichsten Familien dieses Landes. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer hätten weit höher sein können, wäre Immobilienbesitz nicht durch massive Unterbewertung begünstigt worden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht diese Ungleichheit 1996 beanstandete, setzte Kohl die Vermögenssteuer kurzerhand aus. Im 98er Wahlprogramm hatte die SPD ihre Wiedereinführung versprochen. Eingelöst wurde dieses Versprechen nie. Auch Schröder schont die Milliardäre.

Seit 1997 hat der Staat allein dadurch auf mindestens **70 Mrd. Euro** Einnahmen verzichtet.

Senkung der Körperschaftssteuer:

Die Körperschaftssteuer ist die Einkommenssteuer der Kapitalgesellschaften. Im Rahmen der „rot-grünen“ Steuerreform wurden die Sätze der Körperschaftssteuer auf 25% abgesenkt. Außerdem wurde den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, in der Vergangenheit gezahlte Steuern mit den neuen niedrigeren Sätzen zu verrechnen. Die Körperschaftssteuer, die der öffentlichen Hand im Jahr 2000 noch 23 Milliarden Euro Einnahmen brachte, trägt heute faktisch nichts mehr zum Steueraufkommen bei. 2001 wurde das Aufkommen sogar negativ.

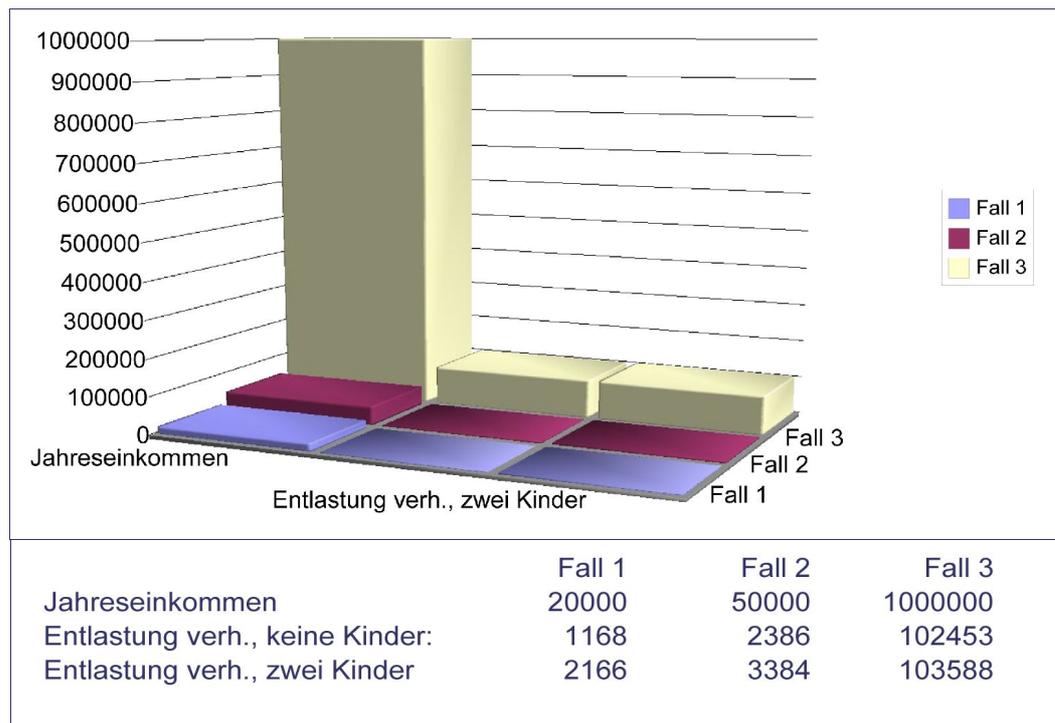
Pro Jahr verschenkt die öffentliche Hand dadurch gut **20 Mrd. Euro** an Konzerne und Großbanken.

Senkung des Spitzensteuersatzes:

Der Einkommenssteuersatz für Großverdiener lag über viele Jahre bei 53%. Seit 1. Januar beträgt er nur noch 45% und wird im nächsten Jahr weiter auf 42% absinken. Allein dieses Steuergeschenk kostet die öffentlichen Haushalte noch einmal **6 Mrd. Euro**. Der CDU ist selbst das noch nicht genug. Im Steuerkonzept von Merz ist ein Spitzensteuersatz von 36% vorgesehen.

Außerdem profitieren die Spitzenverdiener natürlich von den niedrigeren Eingangssteuersätzen, die seit Anfang 2004 bei 16% und ab 2005 bei 15% liegen werden. Insgesamt **15 Milliarden Euro** Mindereinnahmen müssen Bund, Länder und Kommunen aufgrund dieser Reform bereits in diesem Jahr verkraften.

Auch wir sind der Meinung: Eine Steuererleichterung für Gering- und Normalverdiener war überfällig. Aber wessen Taschen Schröders Einkommenssteuerreform in erster Linie füllt, verdeutlicht folgende Graphik:



Mit den steuerpolitischen Weichenstellungen von „Rot-Grün“ wurden Milliarden und Abermilliarden an öffentlichen Einnahmen verschenkt. Einnahmen, die dringend gebraucht werden: für soziale Leistungen, für Bildung und Gesundheit, für öffentliche Investitionen, für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Während Schröder uns einredet, brachiale Einschnitte bei Arbeitslosen, bei Kranken und Rentnern sowie eine unverändert hohe Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen seien notwendig, werden die Vermögenden, Spitzenverdiener sowie Banken und Konzerne mit Milliarden alimentiert.

Die Alternative

Wir meinen: Es kann nicht sein, daß sich den Händen einer kleinen Minderheit irrwitzige Reichtümer häufen, während die öffentliche Hand verarmt, Schulen verrotten, Kindertagesstätten schließen, notwendige Infrastrukturmaßnahmen und existentielle Sozialleistungen als nicht mehr finanzierbar gelten und der Lebensstandard der großen Mehrheit darunter leidet. Alternativen sind machbar! Umsteuern ist angesagt! Wir fordern:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer:
Mit einem Freibetrag von 500 000 Euro für eine vierköpfige Familie und einem Steuersatz von 1,5%
Mehreinnahmen: **23,9 Mrd. Euro** pro Jahr
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer:
Progressiv gestaffelte Erhöhung der Steuersätze bei zeitgemäßer Bewertung von Immobilienvermögen und Abbau der Begünstigung von Betriebsvermögen:
Mehreinnahmen: ca. **15 Mrd. Euro** pro Jahr
- Einführung eines progressiven Körperschaftssteuersatzes, Abbau von Steuervergünstigungen für Konzerne
Mehreinnahmen: **20 Mrd. Euro** pro Jahr
- Rücknahme der Steuerfreistellung für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften; Besteuerung privater Veräußerungsgewinne zum persönlichen Einkommenssteuersatz
Mehreinnahmen: **mindestens 10 Mrd. Euro** pro Jahr
- Umsatzsteuer von 1% auf Wertpapierumsätze
Mehreinnahmen: **13 Mrd. Euro** pro Jahr
- Wiederherstellung eines Spitzensteuersatzes von 48,5%
Mehreinnahmen: **6 Mrd. Euro** pro Jahr
- Beibehaltung der Besteuerung von Zins- und Dividendeneinkünften mit dem persönlichem Steuersatz anstelle der geplanten Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge; Kontrollmitteilungen der Banken zur Eindämmung von Steuerhinterziehung
Mehreinnahmen: **15 Mrd. Euro** pro Jahr
- Generell: Verstärkte Bekämpfung von Steuerverkürzung und Steuerhinterziehung; Schließung von Steuerschlupflöchern und Steuervereinfachung; eine EU-weit koordinierte Steuerpolitik zur Verhinderung von Steuerdumping und Steuerflucht
mögliche Mehreinnahmen: bis zu **40 Mrd. Euro** pro Jahr

Die Realisierung dieser Forderungen würde bedeuten, dass Bund, Ländern und Gemeinden zusätzlich mehr als **100 Mrd. Euro** zusätzlich pro Jahr zur Verfügung stünden.

Hinter Schröders Lüge vom Sparzwang verbirgt sich rüde Interessenpolitik: zum Vorteil von Milliardären, Spitzenverdienern und Konzernen, zulasten von abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Familien mit Kindern, sozial Schwachen.

Geld ist genug da!

Wir fordern:

Schluß mit dem Sozialraub!

Reiche besteuern, statt Arbeitslose schröpfen!

Impressum:

Für den Inhalt:

Sahra Wagenknecht
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstrasse 28
10178 Berlin

Tel. 030 24009592
E-mail: sahra.wagenknecht@pds-online.de
www.sahrawagenknecht.de

V.i.s.d.P.:

Dorothee Menzner
Struckmeyerstraße 9
30451 Hannover

Layout:

Elke Höher
E-mail: elke.hoeher@gmx.net